

DEUTSCHLAND

WAHLGELDER. Parteichef Konrad Adenauer hat bei einem Zusammentreffen mit führenden Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Köln die Finanzwünsche seiner Partei für den kommenden Bundestagswahlkampf angemeldet. CDU und die bayrische Schwesterpartei CSU rechnen mit Industriegeldern in Höhe von etwa 50 Millionen Mark.

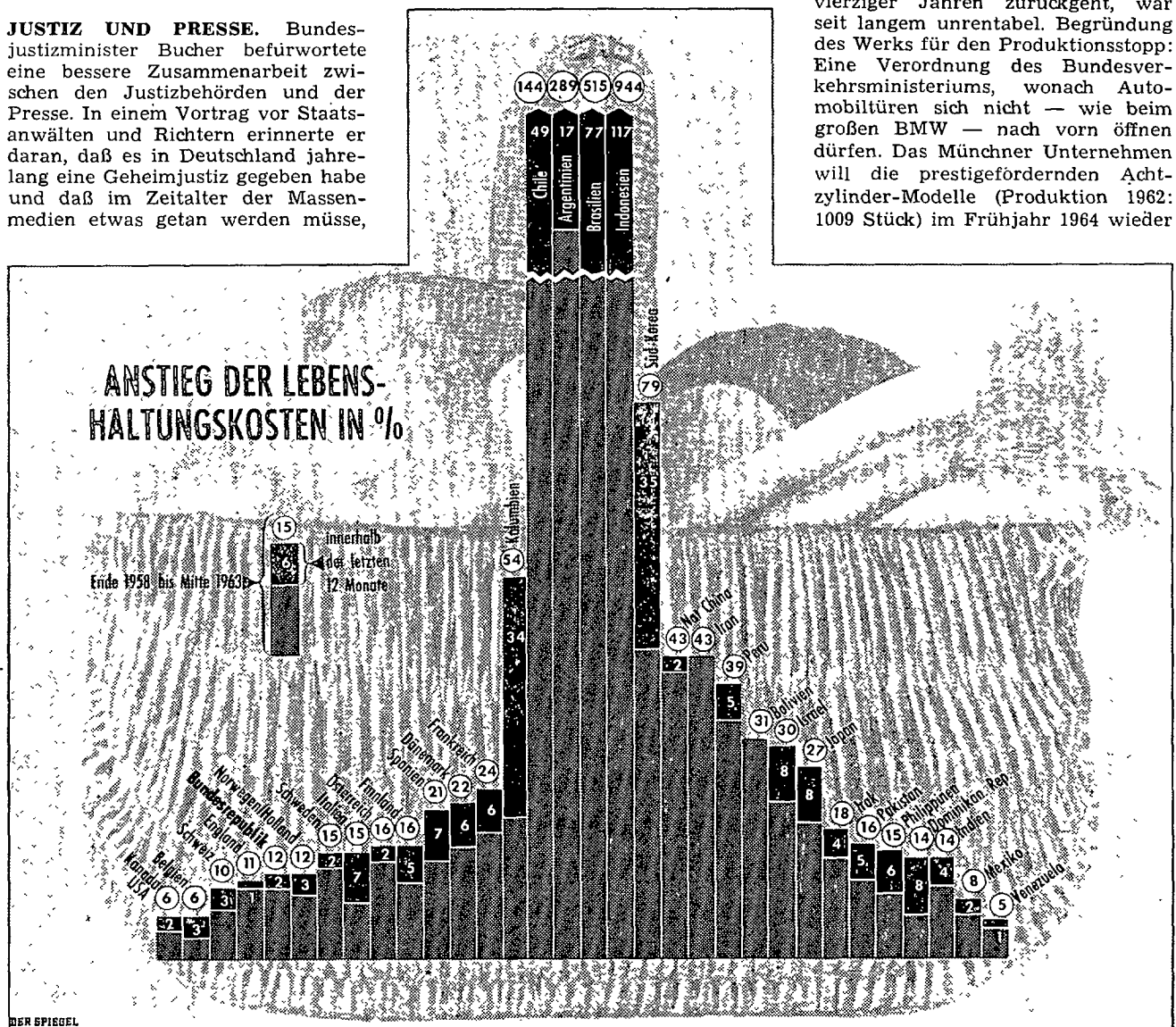
JUSTIZ UND PRESSE. Bundesjustizminister Bucher befürwortete eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden und der Presse. In einem Vortrag vor Staatsanwälten und Richtern erinnerte er daran, daß es in Deutschland jahrelang eine Geheimjustiz gegeben habe und daß im Zeitalter der Massenmedien etwas getan werden müsse.

um Vertrauen zu gewinnen. Außerdem empfahl Bucher den Richtern zu überlegen, ob sie sich nach dem Urteilsspruch den Pressevertretern zu einem kurzen Gespräch stellen könnten.

AUFTRAGS-DIENST. Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat seine Kreis- und Ortsverbände aufgefordert, in Telegrammen der FDP-Bundestagsfraktion „für die

klare Haltung zum Lohnfortzahlungsgesetz" zu danken. Im internen Schnelldienst der Parteileitung wurde außerdem empfohlen, den Text der Telegramme in die Lokalzeitungen zu lancieren. Ein Muster-Telegramm war beigelegt.

GROSSER BMW. Die Produktion der großen BMW-Limousine ist eingestellt worden. Die Herstellung des technisch veralteten Wagens, dessen Karosserie auf Entwürfe aus den vierziger Jahren zurückgeht, war seit langem unrentabel. Begründung des Werks für den Produktionsstopp: Eine Verordnung des Bundesverkehrsministeriums, wonach Automobilitäten sich nicht — wie beim großen BMW — nach vorn öffnen dürfen. Das Münchner Unternehmen will die prestigefördernden Achtzylinder-Modelle (Produktion 1962: 1009 Stück) im Frühjahr 1964 wieder



Einen weltweiten Währungsverfall

haben die ständig steigenden Lebenshaltungskosten in fast allen Ländern der Erde ausgelöst. Im Mittelfeld der Währungsgeschädigten liegt die Bundesrepublik, in der die Kosten der Lebenshaltung seit 1958 um insgesamt zwölf Prozent gestiegen sind. Grund für die schleichende Inflation in Westdeutschland: Das Mißverhältnis zwischen den gestiegenen Löhnen und der schwächeren Produktionszunahme. Ähnlich verlief die inflationäre Entwicklung in den europäischen Nachbarländern Italien, Frankreich, Holland, Dänemark und in der Schweiz. Nicht nur in den Staaten

mit gehobenem Lebensstandard, die Entwicklungshilfe leisten, sondern auch in den entwicklungsbedürftigen Ländern verteuerte sich die Lebenshaltung. Ausnahmen: Bolivien und Persien, die sich dank ausländischer Wirtschaftshilfe und durch die Stabilisierungsbemühungen des Internationalen Währungsfonds in letzter Zeit verbesserten. Rekordhöhen erreichten die Kosten in Indonesien, dessen Währung in ausländischen Banken nur noch drei Prozent des offiziellen Kurses wert ist, und in etlichen unter Wirtschaftskrisen und politischen Unruhen leidenden südamerikanischen Staaten.